



Gemeinde Bauma

Dorfstrasse 41
Telefon 052 397 10 10
Direktwahl 052 397 10 27
Telefax 052 397 10 11
andreas.strahm@bauma.ch
www.bauma.ch

Medienmitteilung
des Gemeinderates

8494 Bauma, 1. November 2012

Keine Verlängerung für Durchgangszentrum

Seit über 20 Jahren wird in der Gemeinde Bauma ein Durchgangszentrum für Asyl Suchende betrieben. Der Gemeinderat nahm die anstehende Erneuerung der baurechtlichen Ausnahmegewilligung zum Anlass für eine Lagebeurteilung. In Anbetracht der bisherigen Bereitschaft der Gemeinde einerseits und der zunehmenden Belastung für die Bevölkerung andererseits hat sich der Gemeinderat gegen die Fortführung des Durchgangszentrums ausgesprochen.

Seit Oktober 2004 führt die ORS Service AG, Zürich, im Auftrag des Kantons Zürich in Bauma ein Durchgangszentrum für Asyl Suchende. Der Gemeinderat hat letztmals im Dezember 2008 die für den Betrieb notwendige baurechtliche Ausnahmegewilligung befristet erteilt; die fünfjährige Frist läuft am 31. Oktober 2014 ab.

Insgesamt wird in der Gemeinde Bauma seit mehr als 20 Jahren ein Durchgangszentrum für Asyl Suchende betrieben. Das Verhalten der Asyl Suchenden hat in der Vergangenheit immer wieder zu negativen Reaktionen geführt. Die Tösstaler Gemeinden sehen sich seit längerem mit sehr urbanen Problemen konfrontiert. Die in jüngerer und jüngster Zeit festgestellten Belästigungen und Beschimpfungen im Dorf und in den Zügen und Bussen haben jedoch einen neuen Höhepunkt erreicht.

Die Gemeinde Bauma darf für sich in Anspruch nehmen, für die Unterbringung von Asyl Suchenden während zwei Jahrzehnten Jahren Hand geboten zu haben. Die Leitungen des Durchgangszentrums haben anerkanntermassen Anstrengungen unternommen, die Auswirkungen des Zentrumsbetriebs auf ein erträgliches Mass zu reduzieren. Alle bisherigen Bemühungen der Gemeinde, der Kantonspolizei und des kantonalen Sozialamts, eine nachhaltige Verbesserung zu erreichen, scheiterten letztlich am fehlenden Handlungsspielraum. Da sich Asylsuchende jedoch nur kurze Zeit im Durchgangszentrum aufhalten, können zudem Massnahmen zur Integration und Sicherheit nicht im notwendigen Mass greifen. Vor diesem Hintergrund hat der Gemeinderat sich gegen eine Fortführung des Durchgangszentrums ausgesprochen.

Andreas Strahm
Gemeindeschreiber